



Medienmitteilung

Gegenvorschlag zur Spitalstandortinitiative

Die BDP Kanton Bern prüft genaustens die Konsequenzen einer Ausgleichsabgabe

Bereits zu einem früheren Zeitpunkt hat sich die BDP Kanton Bern gegen die Spitalstandortsinitiative ausgesprochen. Ein qualitatives gutes, sicheres und wirtschaftliches Angebot an Spitalleistungen im Kanton Bern, welches sich den laufenden Herausforderungen anpassen kann, ist für die BDP von grosser Wichtigkeit - diese Weiterentwicklung ist mit der Annahme der Initiative nicht möglich.

Die Aufnahme des Grundanliegens der Initiative, nämlich die Auflistung der Haupt- und lokalen Standorte nimmt der Regierungsrat im präsentierten Gegenvorschlag auf. Diese Auflistung ist für die öffentlich betriebenen Spitäler von grosser Bedeutung und gewährt den Betrieben eine Planungssicherheit. Die BDP unterstützt diese Auflistung im Sinne einer guten Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung. Die BDP sowie die Regierung lehnt es weiter ab, gewisse Angebotsanpassungen der letzten Monate rückgängig zu machen.

Den beiden Varianten für die Finanzierung der hohen Mehrkosten steht die BDP folgendermassen gegenüber. Eine Steuererhöhung lehnt die BDP ab. Die Variante der Ausgleichsabgabe der Spitäler auf den Vergütungen für ihre Behandlungen wird die BDP genauestens auf alle Konsequenzen hin prüfen und wird sich in der Debatte im November definitiv dazu äussern.

Auskunft:

Anita Luginbühl, Fraktionspräsidentin BDP Kanton Bern
078 756 02 52

Bern, 14. August 2015